

Ministerium für Land- und Ernährungswirtschaft,
Umwelt und Verbraucherschutz
Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit, Internationale Kooperation
Frau Eichenberg
Henning-von-Tresckow-Str. 2-13, Haus S
14467 Potsdam

**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung
zur Förderung der internationalen Kooperationen des Landes Brandenburg**

1. Antragstellende/r

Name, Bezeichnung:

Vertretung durch:

Anschrift (PLZ, Ort, Straße)

Durchführungsort (falls abweichend von der Anschrift):

Auskunft erteilen:

Name:

Telefon | Fax:

E-Mail:

Bankverbindung:

Kreditinstitut:

IBAN | BIC:

2. Maßnahme

a) Bezeichnung:

b) Durchführungszeitraum:

3. Gesamtkosten/-ausgaben

(Hinweis: Die **grau hinterlegten Spalten** sind **nicht** vom Antragsteller **auszufüllen!**)

3.1 nach beiliegendem Kostenvoranschlag		
3.2 zuwendungsfähige Kosten/Ausgaben		
3.3 beantragte Zuwendung		

4. Finanzierungsplan

4.1 Eigenanteil (nachweisliche Darlegung)	EURO	
4.2 Leistungen Dritter ohne öffentliche Förderung (z.B. private Stiftungen)	EURO	
4.3 Beantragte/bewilligte öffentliche Förderung (ohne 4.4) durch:	EURO	
4.4 Beantragte Zuwendung	EURO	
4.5 Summe = Gesamtkosten (4.1-4.4)	EURO	
4.6. Beantragte Zuwendung		
Aufgeteilt auf folgende Haushaltsjahre:	EURO	

5. Beantragte Förderung (unterteilt in die Bereiche Personalkosten, Sachkosten, u. a.)

Zuwendungsbereich (ggf. Bezeichnung der Teilmaßnahmen)	Zuwendung EURO	v.H. der Gesamtkosten	v.H. der zuwendungsfähigen Gesamtkosten
Personalkosten Sachkosten davon Übernachtung/Verpflegung Fahrtkosten Programmkosten Honorare			
Summe			

6. Darstellung des Projekts

(Projektinhalt/Projektdurchführung, u. a. mit Projektbeschreibung, Teilnehmern, Ablauf, Projektzielsetzung, Nutzen für Brandenburg)

6.1 Kosten und Finanzierungsplan
(gliedert nach Personalkosten, Sachkosten und andere)

(bitte auf gesondertem Blatt darstellen)

7. Begründung

(Notwendigkeit der Maßnahme und Finanzierung, Darstellung des Landesinteresses)

8. Erklärung

Der Antragsteller erklärt, dass

1. mit der zu fördernden Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides ohne Zustimmung der Bewilligungsbehörde nicht begonnen wird. Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Liefer- oder Leistungsvertrages zu werten,
2. er nach § 15 des Umsatzsteuergesetzes zum Vorsteuerabzug
 - nicht berechtigt ist (Preise inklusive Mehrwertsteuer).
 - berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer),
3. die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind, und dass insbesondere alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen angegeben wurden,
4. unter Berücksichtigung der beantragten Landeszuwendung - die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist,
5. ein ähnlich oder gleichlautender Antrag bei keiner anderen Institution gestellt wurde,
6. ihm bekannt ist, dass alle Angaben im Antrag, von denen die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, subventionserheblich und Subventionsbetrug strafbar im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) sind.

Ort und Datum

Siegel/Stempel

in Druckschrift: Name(n) und Unterschrift(en) der nach den gesetzlichen Bestimmungen (Statuten, Satzungen) der/des Antragstellenden zur Vertretung berechtigten Person/en (bitte als Anlage des Antrags nachweisen)